

**Niederschrift**

**über die 4. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des  
Stadtentwicklungsausschusses am Mittwoch, 05.05.2021 um 17:05 Uhr, in der Aula  
des Helmholtz-Gymnasiums (Am Holterhöfchen 30 in 40724 Hilden)**

Anwesend waren:

Vorsitz

Frau Anabela Barata SPD

stell. Vorsitz

Herr Rudolf Joseph FDP ab TOP 1

Ratsmitglieder

Herr Christian Gartmann CDU  
Herr Peter Groß CDU  
Herr Thomas Grünendahl CDU  
Herr Ramon Ludwig Kimmel CDU  
Frau Claudia Schlottmann CDU  
Herr Kevin Peter Schneider CDU  
Herr Norbert Schreier CDU  
Herr Kevin Buchner SPD  
Frau Dagmar Hebestreit SPD  
Herr Hans-Jürgen Weber SPD  
Herr Heinz Albers Bündnis 90/Die Grünen  
Herr Norbert Lang Bündnis 90/Die Grünen  
Frau Susanne Vogel Bündnis 90/Die Grünen  
Herr Ludger Reffgen BÜRGERAKTION ab TOP 2  
Herr Ernst Kalversberg Allianz für Hilden für Herrn Behner  
Herr Werner Erbe DIE LINKE

Sachkundige Bürger/innen

Herr Ben Juan Eisenblätter SPD TOP 11  
Herr Günther Gierling Bündnis 90/Die Grünen für Herrn Wolf  
Herr Bastian Mey AfD

Von der Verwaltung

Herr Dr. Claus Pommer  
Herr Beigeordneter Peter Stuhlträger Stadt Hilden  
Frau Birgit Kamer  
Frau Sabine Waiss  
Herr Daniel Beier  
Herr Lutz Groll

- Herr Tim Queitsch

zur Information

Herr Dieter Englich Behindertenbeirat nur öffentl. Teil  
Frau Doris Sieberg Seniorenbeirat nur öffentl. Teil

## Tagesordnung:

### Eröffnung der Sitzung

### Änderungen zur Tagesordnung

### Einwohnerfragestunde

- |     |  |                         |
|-----|--|-------------------------|
| 1   | Befangenheitserklärungen   |                         |
| 2   | Entwicklung eines Radverkehrskonzeptes (RVK) für den Kreis Mettmann und Implementierung eines Knotenpunktsystems: Sachstand und Präsentation durch die Ingenieurgesellschaft Stolz mbH (IGS) | WP 20-25 SV<br>61/027   |
| 3   | Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO  |                         |
| 3.1 | Anregung gemäß § 24 GO NRW: Straßenverkehrssituation Kosenberg (Entfernen von Parkplätzen und Aufbringen von Piktogrammen "30 Km/h")   | WP 20-25 SV<br>66/017   |
| 3.2 | Anregung gemäß § 24 GO NRW: Freigabe der Parkplätze auf der Neustraße und der Itterstraße  | WP 20-25 SV<br>61/026/1 |
| 3.3 | Anregung gemäß § 24 GO NRW: Straßenbaumaßnahme Beethovenstraße; Bushaltestelle "Am Kleef"  | WP 20-25 SV<br>66/016   |
| 4   | Anträge  |                         |
| 4.1 | Antrag der Fraktion Bürgeraktion für Hilden vom 31.10.2018: Erarbeitung einer Stellplatzsatzung für Hilden   | WP 14-20 SV<br>61/212/1 |
| 4.2 | Antrag der CDU zum Bebauungsplan Nr. 139A für den Bereich Hofstraße Nr. 150 inklusive Hinterland: Anpassung Entwurf und Reduzierung der Wohneinheiten  | WP 20-25 SV<br>61/032   |
| 4.3 | Antrag der FDP zum Bebauungsplan Nr. 139A für den Bereich Hofstraße Nr. 150 inklusive Hinterland, Reduzierung des Bauvolumens  | WP 20-25 SV<br>61/033   |
| 5   | Angelegenheiten des Bauverwaltungs- und Bauaufsichtsamtes  |                         |
| 5.1 | Sachstandsbericht über die Umsetzung politisch initiiertes Beschlüsse des Stadtentwicklungsausschusses   | WP 20-25 SV<br>60/007   |
| 6   | Angelegenheiten des Planungs- und Vermessungsamtes   |                         |
| 6.1 | Integriertes Regionales Mobilitätskonzept "Zwischen Rhein und Wupper"; Information über den Sachstand der Bearbeitung  | WP 20-25 SV<br>61/030   |
| 6.2 | Bebauungsplan Nr. 103, 3. Änderung für den Bereich Düsseldorfer Straße/ Niedenstraße; hier: ergänzendes Verfahren nach §214 BauGB - Aufhebung des Satzungsbeschlusses vom 10.07.2019         | WP 20-25 SV<br>61/028   |

- 7 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
  - 7.1 Mobilitätskonzept
  - 7.2 Sitzung (Ortsbesichtigung) Stadtentwicklungsausschuss  
19.05.2021
- 8 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen
  - 8.1 Anfrage Bündnis 90/Die Grünen - Stellplätze und Garagennutzung
  - 8.2 Anfrage Bündnis 90/Die Grünen - Starkregenereignis Eichenstraße/Niederstraße
  - 8.3 Anfrage Bündnis 90/Die Grünen - Geh- und Radweg entlang der L85
  - 8.4 Antrag Die Linke - Bildung eines Arbeitskreises zum Mobilitätskonzept
  - 8.5 Antrag Allianz für Hilden - Durchführung einer Informationsveranstaltung zur Änderung der Bauordnung

---

### **Eröffnung der Sitzung**

---

Die Vorsitzende, Rm Barata/SPD eröffnete die Sitzung um 17:05 Uhr und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses, die Vertreter\*innen der Beiräte sowie der Presse und die erschienenen Zuhörer\*innen.

Die Vorsitzende stellte fest, dass die Sitzungsunterlagen form- und fristgerecht zugegangen sind.

---

### **Änderungen zur Tagesordnung**

---

Es wurden keine Änderungswünsche geäußert.

---

### **Einwohnerfragestunde**

---

- keine -

---

### **1 Befangenheitserklärungen**

---

- keine -

2	Entwicklung eines Radverkehrskonzeptes (RVK) für den Kreis Mettmann und Implementierung eines Knotenpunktsystems: Sachstand und Präsentation durch die Ingenieurgesellschaft Stolz mbH (IGS)	WP 20-25 SV 61/027
---	--	-----------------------

---

Die Vorsitzende begrüßte Herrn Odendahl, Vertreter der Kreisverwaltung Mettmann, und Herrn Vieten, Mitarbeiter des vom Kreis Mettmann beauftragten Planungsbüros.

Herr Vieten informierte anhand der als Anlage zur Niederschrift beigefügten Präsentation den Bearbeitungsprozess und die Zielsetzung des zu erstellenden Radverkehrskonzeptes. Im Anschluss beantwortete er die Fragen der Ausschussmitglieder zur Zieldefinition für Hilden, die Finanzierung der Umsetzung und der Erhebung von Daten.

Herr Groll ergänzte die Ausführungen um eine Information zum Mobilitätskonzept für den Bereich des Radfahrverkehrs. Er wies auch darauf hin, dass das Endergebnis wiederum in den Fachausschüssen der kreisangehörigen Gemeinden vorgestellt werde. Dies würde im Herbst/Winter 2021 der Fall sein.

Der Stadtentwicklungsausschuss nahm den Bericht zum Sachstand der Aufstellung eines Radverkehrskonzeptes für den Kreis Mettmann zur Kenntnis.

### 3 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO

---

3.1	Anregung gemäß § 24 GO NRW: Straßenverkehrssituation Kosenberg (Entfernen von Parkplätzen und Aufbringen von Piktogrammen "30 Km/h")	WP 20-25 SV 66/017
-----	--	-----------------------

---

Rm Schreier/CDU erklärte für seine Fraktion, dass der Entfernung der Stellplätze nicht zugestimmt werde, da diese sich geschwindigkeitsmindernd auswirken. Der Markierung der Fahrbahn mit Piktogrammen werde zugestimmt.

Beigeordneter Stuhlträger informierte über den Umgang mit Bürgeranträgen. Nach der Beratung des Bürgerantrages zur Umgestaltung der Straße Am Kronengarten sei das Rechtsamt gebeten worden zu prüfen, ob eine Änderung des Antrages durch den Fachausschuss erfolgen könne. Als Ergebnis wurde mitgeteilt, dass eine 1:1 Umsetzung des Antrages nicht erforderlich sei. Der zuständige Ausschuss könne abweichende oder gänzlich andere Beschlüsse zum Thema fassen.

Rm Vogel/Grüne, Rm Joseph/FDP und Rm Reffgen/BA stimmten für ihre Fraktion der Ausführung von Rm Schreier/CDU zu. Rm Joseph/FDP bat die Verwaltung mit der Rheinbahn zu sprechen, damit sie ihr Personal auf die Einhaltung der Vorfahrtsregelungen hinweist.

Die Vorsitzende schlug vor, entsprechend dem Beratungsergebnis eine getrennte Abstimmung über die beantragten Maßnahmen durchzuführen. Es erhob sich kein Widerspruch.

#### **Beschlussvorschlag:**

#### **Antragstext für den Stadtentwicklungsausschuss:**

- 1.\*... könnte man (= *die Stadt*) die Parkplätze entfernen Richtung Gerresheimer Straße.
- 2.\* Auch wünsche ich, dass ein Verkehrsschild: Höchstgeschwindigkeit 30 km auf dem Asphalt aufgebracht wird.

Ich wünsche eine Kennzeichnung auf der Fahrbahn an diesen 2 Kurven (*Kurve von Furtwänglerstraße -> Kosenbergstraße; Kurve direkt gegenüber meinem Hauseingang im Verlauf Kosenbergstraße*).

\* = redaktionelle Änderungen zur Verdeutlichung des Abstimmungsergebnisses

Abstimmungsergebnis zu 1:

Einstimmig abgelehnt

Abstimmungsergebnis zu 2:

Einstimmig beschlossen

---

3.2	Anregung gemäß § 24 GO NRW: Freigabe der Parkplätze auf der Neustraße und der Itterstraße	WP 20-25 SV 61/026/1
-----	---	-------------------------

---

Aus der Aussprache, an der sich Rm Kalversberg/Allianz, Rm Kimmel/CDU, Rm Vogel/Grüne und Rm Reffgen/BA beteiligten, bleibt festzuhalten, dass den Ausführungen der Verwaltung zugestimmt und der Antrag daher abgelehnt werden soll.

**Antragstext:**

Hiermit beantrage ich, dass die Beschilderung für die Anwohner und Stundenparkplätze auf der Neustraße und der Itterstraße abgeschafft wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig abgelehnt

---

3.3	Anregung gemäß § 24 GO NRW: Straßenbaumaßnahme Beethovenstraße; Bushaltestelle "Am Kleef"	WP 20-25 SV 66/016
-----	---	-----------------------

---

Rm Schneider/CDU, Rm Buchner/SPD und Rm Vogel/Grüne sprachen sich für ihre Fraktionen für die Ablehnung des Antrages aus. Als Gründe wurden genannt, dass der Argumentation der Verwaltung, zunächst das Mobilitätskonzept abzuwarten, gefolgt werden soll und der Antragsteller in der Sitzung des Hauptausschusses signalisiert hatte, dass auch er der Argumentation der Verwaltung folgen kann.

Rm Reffgen/BA stimmte dem für die Fraktion Bürgeraktion für die große Lösung zu. Allerdings solle die Mittelinsel nicht umgesetzt werden. Die Einrichtung der Mittelinsel müsse dann auch von den Ergebnissen des Mobilitätskonzeptes abhängig gemacht werden. Die Verwaltung gebe keine schlüssige Begründung ab, warum diese erforderlich sei. Es handele sich um eine schmale Straße, die eine Mittelinsel überflüssig mache. Er stellte für die Fraktion Bürgeraktion nachfolgenden Ergänzungsantrag:

*Die Verwaltung wird beauftragt, von der Einrichtung einer Mittelinsel auf der Beethovenstraße/Bushaltestelle Kleef bis zur Vorlage des Mobilitätskonzeptes einstweilen abzusehen.*

Rm Joseph/FDP erklärte, auch die FDP-Fraktion lehne den Bürgerantrag ab. Die Mittelinseln solle errichtet werden, zumal hierfür Fördermittel bewilligt seien.

Während Rm Buchner/SPD für seine Fraktion den Ergänzungsantrag aus Sicherheitsaspekten ablehnte, stimmte Rm Erbe/Linke für seine Fraktion zu, da nach seiner Beobachtung keine Gefahrenlage vorliegt.

Herr Queitsch informierte, die Mittelinsel diene dem Sicherheitsaspekt, aber auch der Barrierefreiheit zur Erreichung der Bushaltestelle und sei an dieser Stelle zeitnah mit dem Umbau der Bushaltestelle umzusetzen.

Beigeordneter Stuhlträger ergänzte, das für die Maßnahme Fördermittel bewilligt seien und die Beethovenstraße durch den Umbau der Haltestelle aufgeweitet werde, was Autofahrer/innen dazu animieren könnte, die Geschwindigkeit zu erhöhen. Die Mittelinsel diene damit auch der Geschwindigkeitsreduzierung.

Rm Reffgen/BA antwortete, die Argumentation der Verwaltung überzeuge nicht. Die Aufweitung der Beethovenstraße ergebe sich nur durch die Anlegung der Mittelinsel.

Herr Groll gab zu Bedenken, dass das Mobilitätskonzept eine ganzheitliche Lösung darstelle. Die Mittelinsel fördere den Fußgängerverkehr und die Geschwindigkeitsreduzierung. Mit der relativ einfachen Maßnahme könne die Bushaltestelle attraktiver gestaltet und der ÖPNV gefördert werden. Auf die weitere Nachfrage von Rm Vogel/Grüne erklärte er, dass kein offizieller Radweg auf der Beethovenstraße vorhanden sei und die Situation für Radfahrer/innen durch die Temporeduzierung des Kfz-Verkehrs verbessert werde.

Auch Herr Englich als Vertreter des Behindertenbeirats sprach sich für die Einrichtung der Mittelinsel aus. Für Mitbürger/innen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, sei eine Strecke von rd. 11m eine große Entfernung.

Rm Schreier/CDU erklärte, die CDU-Fraktion lehne den Ergänzungsantrag ab. Die Mittelinsel sei eine Querungshilfe für Fußgänger/innen und stelle keine Behinderung des Kfz-Verkehrs dar.

Die Vorsitzende rief zunächst zur Abstimmung über den Ergänzungsantrag auf:

**Antragstext Fraktion Bürgeraktion:**

Die Verwaltung wird beauftragt, von der Einrichtung einer Mittelinsel auf der Beethovenstraße/Bushaltestelle Kleef bis zur Vorlage des Mobilitätskonzeptes einstweilen abzusehen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt mit

- |    |              |   |
|----|--------------|---|
| 1  | Ja-Stimmen   | (Bürgeraktion)  |
| 17 | Nein-Stimmen | (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Allianz für Hilden) |
| 3  | Enthaltungen | (FDP, AfD, Die Linke)                                 |

**Antragstext für den Stadtentwicklungsausschuss:**

Ich würde für die Beethovenstraße speziell nach Abschluss der Großbaumaßnahme Beethoven-/Zelterstr. eine ganzheitliche Lösung folgender Art wünschen:

Der beidseitig der Beethovenstraße vorhandene Fahrradweg, der gegenwärtig eher einer off-road-Piste entspricht und als solcher aus baulicher Sicht auch kaum bis gar nicht von Radfahrern wahrgenommen wird, sollte zurückgebaut werden, so dass nur noch Fußwege vorhanden bleiben. Diese durch Rückbau gewonnenen Flächen auf der Seite zum Itterbach können dann wiederum wie bisher als Parkflächen genutzt werden. Für den Radverkehr können dann beidseitig der Straße Fahrbahnmarkierungen analog Hochdähler-/Gerresheimer Str. aufgebracht werden. Das würde zu einer moderaten Verbreiterung der Fahrbahn führen und gleichzeitig den Radverkehr in verbindliche Bereiche zwingen. Zudem kann, wenn sicherheitstechnische Aspekte im Raum stehen, überlegt werden, die gesamte Beethovenstraße in eine 30er Zone umzuwandeln.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig abgelehnt mit 2 Enthaltungen (Bürgeraktion, Allianz für Hilden)

Die Sitzung wurde von 18:31 Uhr bis 18:39 Uhr zum Lüften unterbrochen.

#### 4 Anträge

---

4.1	Antrag der Fraktion Bürgeraktion für Hilden vom 31.10.2018; Erarbeitung einer Stellplatzsatzung für Hilden	WP 14-20 SV 61/212/1
-----	---	-------------------------

---

Beigeordneter Stuhlträger informierte, dass entgegen der Aussage in der zusätzlichen Erläuterung der Verwaltung die Finanzierung aus dem laufenden Haushalt erfolgen könne. Es seien keine zusätzlichen Haushaltsmittel erforderlich.

Rm Reffgen/BA erläuterte nochmals seinen Antrag.

Rm Albers/Grüne, Rm Schneider/CDU und Rm Joseph/FDP stimmten für Ihre Fraktionen dem Antrag zu.

Auf die Nachfrage von Rm Albers/Grüne erläuterte Herr Groll, eine inhaltliche Übernahme von Satzungen aus Nachbargemeinden sei nicht möglich. Mit der zu erstellenden Satzung solle nicht nur ein Schlüssel für die Errichtung notwendiger Stellplätze für Bauvorhaben, sondern auch die Stellplatzablöse- und die Fahrradabstellplatzsatzung einfließen. Die Satzung müsse auf die Belange der Stadt Hilden abgestimmt werden. Dies mache die fachliche und rechtliche Unterstützung notwendig.

Auf Nachfrage der Vorsitzenden änderte Rm Reffgen/BA das Vorlagedatum für einen ersten Entwurf der Satzung von 2019 auf 2022.

Die Vorsitzende rief zur Abstimmung auf.

**Antragstext:** (modifiziert in der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 21.11.2018)  
Nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss beauftragt der Rat die Verwaltung in Anlehnung an eine Mustersatzung des Arbeitskreises „Zukunftsnetz Mobilität NRW“ einen Vorschlag für eine Hildener Stellplatz-Satzung zu erarbeiten. Diese wird zunächst dem Stadtentwicklungsausschuss in der ersten Jahreshälfte ~~2019~~ **2022** zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt. Die Satzung soll die unterschiedlichen Bedarfe in den Wohnvierteln der Stadt berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:  
Einstimmig beschlossen

4.2	Antrag der CDU zum Bebauungsplan Nr. 139A für den Bereich Hofstraße Nr. 150 inklusive Hinterland: Anpassung Entwurf und Reduzierung der Wohneinheiten	WP 20-25 SV 61/032
-----	---	-----------------------

---

Rm Groß/CDU brachte die ursprüngliche Beschlussfassung in Erinnerung. Die Verwaltung habe ihre Meinung nunmehr geändert. Dennoch müsse berücksichtigt werden, dass bezahlbarer Wohnraum benötigt werde. Die Reduzierung der Anzahl der Wohneinheiten stelle einen Kompromiss dar.

Aus der Diskussion bleibt festzuhalten, dass Rm Vogel/Grüne, Rm Reffgen/BA und Rm Erbe/Linke für ihre Fraktionen den Antrag ablehnten. Begründet wurde dies mit dem Freiflächenschutz und die Auswirkungen auf das Klima. Für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum sollten bereits versiegelte Flächen genutzt werden. Eine Bebauung nach § 34 BauGB wurde gewünscht.

Für eine Bebauung nach § 34 BauGB, mit einer Ausweitung des bisherigen Vorschlags auf bis zu 16 Wohneinheiten, sprach sich auch Rm Joseph/FDP aus und verwies auf den Antrag seiner Fraktion, mit dem die Baugrenzen festgelegt werden sollen. Es müsse eine Abwägung zwischen der Schaffung von Wohnraum und Freiflächenschutz erfolgen. Der Vorschlag der FDP-Fraktion sei ein Kompromiss.

Rm Buchner/SPD meinte, die Politik beweise wieder einmal, wie lange es dauere, eine Wohnbebauung umzusetzen. Bereits in den 90ziger Jahren sei eine Bebauung des Bereichs vorgesehen gewesen. Der jetzt in Aufstellung befindliche Bebauungsplan 139A sei bereits ein Kompromiss. Seine Fraktion stimme dem Antrag der CDU-Fraktion zu.

Bürgermeister Dr. Pommer antwortete, es sei eine erneute Abwägung zwischen Wohnungsbau und Klimaschutz erfolgt. In diesem Bereich müsse man dem Klimaschutz den Vorrang einräumen und könne daher seitens der Verwaltung lediglich eine Bebauung nach § 34 BauGB vorschlagen.

Die Vorsitzende rief zur Abstimmung.

**Antragstext:**

Die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Hilden beantragt:

Die WGH Wohnungsbaugesellschaft Hilden wird als Projektträger des Verfahrens zur Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 139A gebeten, einen überarbeiteten Entwurf für die geplante Bebauung Hofstr. 150 (inkl. Hinterland) vorzulegen, der eine geringere Anzahl an Wohneinheiten vorsieht.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen mit

- 13 Ja-Stimmen (CDU, SPD, Allianz für Hilden)
- 8 Nein-Stimmen (Bündnis 90/Die Grünen, FDP, AfD, Bürgeraktion, Die Linke)

4.3	Antrag der FDP zum Bebauungsplan Nr. 139A für den Bereich Hofstraße Nr. 150 inklusive Hinterland, Reduzierung des Bauvolumens	WP 20-25 SV 61/033
-----	---	-----------------------

---

Rm Joseph/FDP erläuterte, der Antrag der FDP-Fraktion solle einen Kompromiss für eine behutsame Nachverdichtung darstellen. Die Geschossigkeit könne auf drei mit einem Staffelgeschoss erhöht werden. Der vorliegende Vorschlag würde auch von der Nachbarschaft mitgetragen.

Rm Buchner/SPD wies darauf hin, dass für die Umsetzung des Vorschlages ein Grundstück nicht zur Verfügung stehe, da es im Privatbesitz sei. Es sei nicht vorgesehen, zur Umsetzung des Vorhabens einen Wald zu roden, sondern die Bebauung einer Brachfläche sei geplant. Er wies noch auf die Änderung des Flächennutzungsplanes hin, der vorsehe, in diesem Bereich eine Streuobstwiese anzulegen. Die WGH habe einen moderaten Bebauungsvorschlag unterbreitet.

Rm Vogel/Grüne wiederholte, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nur mit einer straßenbegleitenden Bebauung nach § 34 BauGB einverstanden seien.

Rm Reffgen/BA erinnerte an die ursprünglichen Bebauungsabsichten und die Zusammenhänge mit dem Verkauf der Hildener-Aktien-Bau-Gesellschaft. Auch die von der FDP-Fraktion vorgeschlagene Bebauung gehe zu weit. Er bat um Zusammenfassung aller vorliegende Bebauungsvorschläge durch die Verwaltung.

Bürgermeister Dr. Pommer erklärte, nach der vorherigen Abstimmung sehe er Schwierigkeiten mit der Zusammenstellung aller Vorstellungen.

Beigeordneter Stuhlträger zeigte nochmals die Studie der Stadt für die Bebauung nach § 34 BauGB. Alle drei Gebäude des Vorschlages der FDP liegen zumindest teilweise auf Fremdgrundstücken. Es liege durch die vorherige Beschlussfassung eine Prüfauftrag vor, eine Bebauung basierend auf der bisherigen Planung der WGH mit ca. 33 Wohnungen zu ermöglichen.

Rm Joseph/FDP meinte, der Vorschlag sei nur eine Planskizze und könne auch anders ausgeführt werden.

Die Vorsitzende rief zur Abstimmung auf.

**Antragstext:**

Die Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses werden gebeten wie folgt zu beschließen:

Die Ausweisung von Neubaumöglichkeiten des vorgesehenen Baugebietes soll auf maximal 60m begrenzt werden (maximale Bautiefe gemessen ab Hinterkante Bürgersteig). Dahinter kann der Stellplatznachweis z.B. durch Carports mit begrünten Dächern realisiert werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt mit

- 3 Ja-Stimmen (FDP, Bürgeraktion, Die Linke)
- 17 Nein-Stimmen (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Allianz für Hilden)
- 1 Enthaltung (AfD)

---

5 Angelegenheiten des Bauverwaltungs- und Bauaufsichtsamtes

- |     |  |                       |
|-----|--|-----------------------|
| 5.1 | Sachstandsbericht über die Umsetzung politisch initiiertes Beschlüsse des Stadtentwicklungsausschusses | WP 20-25 SV<br>60/007 |
|-----|--|-----------------------|
- 

Ohne Aussprache nahm der Stadtentwicklungsausschuss den Sachstandsbericht über die Umsetzung politisch initiiertes Beschlüsse des Stadtentwicklungsausschusses zur Kenntnis.

---

6 Angelegenheiten des Planungs- und Vermessungsamtes

- |     |  |                       |
|-----|--|-----------------------|
| 6.1 | Integriertes Regionales Mobilitätskonzept "Zwischen Rhein und Wupper";<br>Information über den Sachstand der Bearbeitung | WP 20-25 SV<br>61/030 |
|-----|--|-----------------------|
- 

Ohne Aussprache nahm der Stadtentwicklungsausschuss die Darstellungen zum Sachstand bei der Erarbeitung des Integrierten Regionalen Mobilitätskonzeptes für die Region „Zwischen Rhein und Wupper“ zur Kenntnis.

- |     |  |                       |
|-----|--|-----------------------|
| 6.2 | Bebauungsplan Nr. 103, 3. Änderung für den Bereich Düsseldorfer Straße/ Niedenstraße; hier: ergänzendes Verfahren nach §214 BauGB - Aufhebung des Satzungsbeschlusses vom 10.07.2019 | WP 20-25 SV<br>61/028 |
|-----|--|-----------------------|
- 

Die Beantwortung der Nachfrage von Rm Reffgen zum Kläger wurde in den nichtöffentlichen Teil der Sitzung verschoben.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss,

die Aufhebung des Satzungsbeschlusses vom 10.07.2019 für den Bebauungsplan Nr. 103, 3. Änderung und leitet ein ergänzendes Verfahren nach § 214 Abs. 4 BauGB zur Behebung von Mängeln in diesem Bebauungsplan ein.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

---

**7 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen**

---

**7.1 Mobilitätskonzept**

---

Herr Groll informierte über den Sachstand der Bearbeitung für das Mobilitätskonzept. Der Zeitplan werde eingehalten. In der Sitzung am 27.10.2021 werde der Bericht über die Bestandssituation vorgelegt.

Auf die Anregung von Rm Joseph/FDP die Öffentlichkeit nochmals zu informieren, berichtete Beigeordneter Stuhlträger, es sei bereits ein Interviewtermin mit der RP vereinbart, an dem auch das Planungsbüro teilnehme.

---

**7.2 Sitzung (Ortsbesichtigung) Stadtentwicklungsausschuss  
19.05.2021**

---

Beigeordneter Stuhlträger brachte nochmals den Sitzungstermin 19.05.2021 für die Durchführung der Ortsbesichtigungen zu den Bauleitplanverfahren in Erinnerung. Er hatte in Anbetracht der Coronapandemie darum gebeten, dass je Fraktion nur eine Person teilnehmen sollte. Er bat bis zum 19.05.2021 um Mitteilung an ihn oder Frau Weiß, wer an der Sitzung teilnehme werde.

## 8 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

---

### 8.1 Anfrage Bündnis 90/Die Grünen - Stellplätze und Garagennutzung

---

Herr Albers stellte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgende Anfrage:  
Eine neue Stellplatzsatzung, Anwohner\*innenparken und fehlende Parkmöglichkeiten im öffentlichen Raum beschäftigen die Menschen.

Fast alle Straßen in Hilden sind bis an die Aufnahmekapazität zugeparkt. Dadurch wird wiederum der Straßenraum für den Radverkehr rigoros verkleinert. Etwas Luft könnte geschaffen werden, wenn die Garagen ihrer Zweckbestimmung zugeführt würden.

In diesem Zusammenhang bitten wir um die Beantwortung folgender Frage:

Wie kann die Verwaltung die Garagenbesitzer\*innen auf den Parkdruck aufmerksam machen und auf die Garagenverordnung NRW\* hinweisen?

*\*Garagen sind Sonderbauten und unterliegen der Sonderbauverordnung und dürfen nur zum Einstellen von Fahrzeugen und nicht als Lagerräume oder Aufenthaltsräume genutzt werden.*

### 8.2 Anfrage Bündnis 90/Die Grünen - Starkregenereignis Eichenstraße/Niedenstraße

---

Herr Albers stellte für die Fraktion Bündnis90/die Grünen folgende Anfrage:

das Starkregenereignis im Juni 2020 hat einige Keller und Garagen an der Niedenstraße und Eichenstraße überschwemmt. Der Keller des Hauses Niedenstraße / Ecke Eichenstraße ist schon mehrmals überflutet worden.

Die Eichenstraße liegt hier tiefer als die Niedenstraße und läuft bei Starkregen voll.

Die Höhensituation sollte damals überprüft werden und ggf. geändert werden.  
Bis heute hat sich an der Höhensituation nichts geändert.

Wir bitten um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wird die Höhe der Fahrbahnschwelle Einfahrt Eichenstraße noch geändert?
2. Wurden die Reinigungs- und Überprüfungsintervalle der Senkkästen Niedenstraße / Eichenstraße der Überschwemmungsgefahr angepasst?

### 8.3 Anfrage Bündnis 90/Die Grünen - Geh- und Radweg entlang der L85

---

Herr Albers stellte für die Fraktion Bündnis90/Die Grünen folgende Anfrage:

#### **Geh- und Radweg entlang der L85 auf Alltagstauglichkeit hin prüfen**

Begründung:

Der Weg ist eine schnelle Radverbindung zwischen Hilden und Düsseldorf und ist daher besonders für Pendler\*innen von Bedeutung.

In diesem Zusammenhang sollte die Benutzung, sofern diese auf Hildener Stadtgebiet liegt, gefahrlos und unabhängig von der Witterung möglich sein.

Die Verwaltung möge mit dem Straßenbaulastträger prüfen, ob der Geh- und Radweg entlang der Hülsenstraße (L 85), zwischen der Bahnunterführung und der Einfahrt „Im Hock“, in beiden Fahrtrichtungen den Anforderungen an sicheres und entspanntes Radfahren im Sinne der Mobilitätswende entspricht.

### 8.4 Antrag Die Linke - Bildung eines Arbeitskreises zum Mobilitätskonzept

---

Herr Erbe stellte für die Fraktion Die Linke folgenden Antrag:

Ich stelle den Antrag einen Arbeitskreis für das „Mobilitätskonzept-Hilden“ aus je einem Vertreter der im Stadtrat vertretenen Parteien zu bilden.

Begründung:

1. Die Gestaltung der Mobilität in Hilden, verbunden mit unserer Infrastruktur und dem Arbeits- und Freizeitgeschehen verlangt ein großes Maß an Informationen und deren Verarbeitung.
2. Die Überlegungen und Diskussionen in den Parteien und Fraktionen werden gebündelt in den Arbeitskreis eingebracht um sich auf das Wesentliche konzentrieren zu können.
3. Gleichzeitig ist es wünschenswert alle Ideen und Möglichkeiten gemeinsam zu besprechen, um auch nach außen ein „nahezu“ geschlossenes Bild des Stadtrates abzugeben.
4. Eine informative, meinungskräftige Zuarbeit mit der beauftragten Firma Stadtverkehr Planungsgesellschaft Hilden sollte in regelmäßigen Abständen erfolgen

Ggf. der Stadtverwaltung (ev. Sozialamt), dem Behinderten- und Seniorenbeirat, der Polizei und Feuerwehr Hilden, dem ADFC-Hilden, sowie den Bürgervereinen die Möglichkeit zu geben halbjährlich daran teilzunehmen.

Der Arbeitskreis sollte in der Regel vierteljährlich zusammenkommen.

8.5 Antrag Allianz für Hilden - Durchführung einer Informationsveranstaltung zur Änderung der Bauordnung

---

Rm Kalversberg/Allianz verlas folgenden Antrag:

*Die Fraktion Allianz für Hilden beantragt, eine Informationsveranstaltung für die Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses zu organisieren, die die Änderungen der novellierten Landesbauordnung, die voraussichtlich zum 01.07.2021 in Kraft tritt, zum Inhalt hat.*

*Begründung:*

*Die Novellierung beinhaltet viele Änderungen, wie z.B. Maßnahmen, die die Stärkung der Innenentwicklung verfolgen. Auch die Neuinanspruchnahme von Freiflächen soll reduziert und die Urbanität und Attraktivität von Städten und Gemeinden sollen gestärkt werden. Für das Entscheidungsgremium der Stadt, den Stadtentwicklungsausschuss, sind diese Informationen wichtiger Bestandteil seiner Arbeit.*

Ende der Sitzung: 20:04 Uhr

Anabela Barata / Datum  
Vorsitzende

Birgit Kamer / Datum  
Schriftführer/in

Gesehen:

Dr. Claus Pommer / Datum  
Bürgermeister

Peter Stuhlträger / Datum  
Beigeordneter